



INFOPAKET

Türkei

von
Hilde Mattheis, Vorsitzende DL21
Stand: August 2017



Der Putschversuch in der Türkei und seine Folgen

- I Ablauf des Putschversuchs
 - a) 15.07.2016
 - b) 16.07.2016
 - II Nach dem Putsch
 - a) Parlamentsparteien verurteilen Putsch
 - b) Verhaftungen und Entlassungen
 - c) Beschuldigung des Predigers Fetullah Gülen
 - d) Spannungen in der Beziehung zwischen EU und Türkei
-

I Ablauf des Putschversuchs

a) 15.07.16

➤ **Militär verkündet Machtübernahme:**

Das türkische Militär hat nach eigenen Angaben die "volle Kontrolle" über das Land übernommen. Eine entsprechende Erklärung verbreitet das Militär am Abend

➤ **Bosporus-Brücken in Istanbul teilweise gesperrt**

Die beiden Bosporus-Brücken in Istanbul sind teilweise gesperrt, während in Ankara türkische Kampfflugzeuge im Tiefflug zu hören sind.

➤ **Soldaten in AKP-Zentrale**

➤ **Militär: Kriegsrecht verhängt, Ausgangssperre verkündet**

Das türkische Militär verkündet in einer im Fernsehen verlesenen Erklärung das Kriegsrecht und eine Ausgangssperre für die Türkei. Die Ausgangssperre ist bis auf weiteres über das Land verhängt. Er werde "nicht erlauben, dass die öffentliche Ordnung in der Türkei gestört wird."

➤ **Erdogan ruft zu Widerstand gegen Putschisten auf**

Der türkische Staatspräsident Erdogan ruft das Volk zu öffentlichen Versammlungen gegen den Militärputsch auf: "Ich rufe unser Volk auf, sich auf den Plätzen und am Flughafen zu versammeln. Sollen sie (die Putschisten) mit ihren Panzern und ihren Kanonen machen, was sie wollen."

➤ **Erdogan: Putschisten werden zur Rechenschaft gezogen**

Präsident Erdogan sagt, der Putsch werde binnen kurzer Zeit niedergeschlagen sein. Die Verantwortlichen würden vor Gericht einen hohen Preis dafür zahlen.

b) 16.07.2016

➤ **Justizminister: Gülen-Anhänger hinter Putsch**

Der türkische Justizminister beschuldigt Anhänger des Geistlichen und Erdogan-Widersachers Fethulla Gülen hinter dem Umsturzversuch zu stecken.

➤ **Ausgangssperre wird ignoriert**

Viele Menschen in Istanbul halten sich nicht an eine verhängte Ausgangssperre. Sie folgen dem Aufruf von Präsident Erdogan, sich zu versammeln und gegen den Putsch zu demonstrieren. Gleichzeitig gebe es aber auch viele Menschen, die in Feierstimmung sind, weil Präsident Erdogan vermeintlich politisch am Ende ist.

➤ **Yildirim kündigt Kampf gegen Putschisten an**

Ministerpräsident Yildirim erklärt auf Twitter, es werde alles getan, um den Putsch niederzuschlagen, auch wenn dies Todesopfer bedeuten sollte.

➤ **Soldaten schießen auf Anti-Putsch-Demonstranten in Istanbul**

Türkische Soldaten haben in Istanbul laut Medienberichten auf Gegner des Militärputschs geschossen. Es habe Verletzte gegeben. Die Demonstranten hätten versucht, aus Protest gegen den Umsturz die Bosphorus-Brücke zu überqueren, heißt es.

➤ **Erdogan kündigt Vergeltung an**

Präsident Erdogan kündigt an, die Verantwortlichen für den Putschversuch zur Rechenschaft zu ziehen. Er werde das Militär "säubern", sagte der Staatsoberhaupt.

Wie zuvor schon Premier Yildirim machte auch Erdogan die Gülen-Bewegung für den Aufstand verantwortlich.

- **Massenproteste gegen Putschisten**
- **Putschisten auf Brücke ergeben sich offenbar**

In Istanbul ergeben sich Dutzende Putschisten.

- **Parlament in Ankara beschädigt**

Bei Luftangriffen der Putschisten auf das Parlament in Ankara wurde das Gebäude beschädigt. Neben der regierenden AKP hatten auch alle drei im Parlament vertretenen Oppositionsparteien den Putschversuch verurteilt.

- **Mehr als 1.500 Festnahmen gemeldet**

Die Nachrichtenagenturen Reuters und AP melden mehr als 1.500 festgenommene Putschisten. Demnach seien fünf Generäle und 29 Oberste ihrer Posten enthoben worden.

- **Yildirim: 265 Tote, 1.440 Verletzte bei Putschversuch**

Bei dem Putschversuch wurden nach Angaben des türkischen Ministerpräsidenten Yildirim 265 Menschen getötet und 1.440 verletzt. 2.839 Angehörige der Streitkräfte seien festgenommen worden. Darunter seien einfache Soldaten und ranghohe Militärs.

- **Türkische Regierung: Lage wieder unter Kontrolle**

Die türkische Regierung erklärt den Putschversuch für gescheitert. "Unsere Militärkommandeure haben die Kontrolle", erklärt Ministerpräsident Binali Yildirim.

II Nach dem Putschversuch

a) Parlamentsparteien verurteilen Putsch

- Einen Tag nach dem Putschversuch verurteilen alle wichtigsten Parteien im türkischen Parlament – darunter auch die oppositionellen CHP, MHP und die kurdische HDP – diesen in einer gemeinsamen Erklärung. Diese Einigkeit sei von unschätzbarem Wert für die Demokratie in der Türkei, heißt es in dem Papier, das vor den Abgeordneten verlesen wird.

- Bei der Sondersitzung des Parlaments am selben Tag dankt Ministerpräsident Binali Yildirim der Opposition und den türkischen Bürgern für ihre Unterstützung. Er erklärt den 15. Juli – den Tag des gescheiterten Putsches – zum künftigen „Demokratie-Festtag“.

b) Verhaftungen und Entlassungen

- Einen Tag nach dem Putschversuch spricht Erdogan sich vor Anhängern in Istanbul für eine Diskussion über die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Angesichts des Staatsstreichs müsse sich das Parlament mit solchen Forderungen auseinandersetzen. Die Menge hatte lautstark die Todesstrafe für die Putschisten gefordert.
- Er kündigt zudem an, die Armee „säubern“ zu wollen. Bis Ende Juli 2016 entlässt Präsident Erdogan per Notstands-Dekret 1.389 Soldaten unehrenhaft aus den türkischen Streitkräften.
- Ebenfalls einen Tag nach dem gescheiterten Putsch werden 2.745 Richter abgesetzt. Zudem werden fünf Mitglieder des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte in Ankara vom Dienst entbunden. Zur Begründung heißt es, gegen sie liefen Ermittlungen.
- Die türkische Richtergewerkschaft kritisiert das Vorgehen Erdogans scharf. Ihr Vorsitzender, Yargiclar, Mustafa Karadag, wirft der türkischen Führung vor, mit dem Vorgehen auch Kritiker ausschalten zu wollen. Es würden nicht nur mutmaßliche Unterstützer des Putsches, sondern auch Kritiker von Präsident Erdogan festgenommen, die mit all dem nichts zu tun hätten, bemängelt Karadag.
- Wenige Tage nach dem Putschversuch verhängt Erdogan den Ausnahmezustand im Land.
- Ende Juli 2016 gibt ein Gericht in Ankara einem Antrag der Staatsanwaltschaft statt, das Vermögen von rund 3.000 suspendierten Juristen zu beschlagnahmen. Ihnen wird eine Verbindung zur Gülen-Bewegung vorgeworfen.
- Auch gegen die Presse geht die Führung in der Türkei hart vor. Ende Juli werden 42 Haftbefehle gegen Journalisten erlassen.
- Wenige Wochen nach dem Putschversuch liegt die Zahl der Festnahmen bei etwa 26.000 Menschen. Gegen 13.419 Verdächtige von insgesamt 25.917 Festgenommenen sei Haftbefehl erlassen worden, heißt es vonseiten der türkischen Regierung. Die Reisepässe von 74.562 Personen

seien für ungültig erklärt worden, um die Flucht von Verdächtigen ins Ausland zu verhindern.

- Anfang August kündigt Erdogan an, seine „Säuberungsaktionen“ auf die Wirtschaft auszudehnen. Die Gülen-Bewegung sei besonders stark im Wirtschaftssektor vertreten. Daher ruft er Geschäftsleute dazu auf, auch in diesem Bereich Gülen-Anhänger den Behörden zu melden.
- Mehr als zwei Wochen nach dem gescheiterten Militärputsch gestehen türkische Regierungsvertreter erstmals mögliche „Fehler“ bei der Entlassungs- und Verhaftungswelle gegen mutmaßliche Unterstützer des Umsturzversuches ein. Einige der Verdächtigen seien „zweifelloso“ Opfer eines „unfairen Verfahrens“ geworden, sagte Ministerpräsident Binali Yıldırım am Montag laut der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu. Die Behörden würden aber „zwischen Schuldigen und Unschuldigen unterscheiden“

c) Beschuldigung des Predigers Fetullah Gülen

- Erdogan beschuldigt den in den USA lebenden Prediger Fetullah Gülen für den gescheiterten Putsch verantwortlich zu sein. Daher fordert er die USA auf, Gülen in die Türkei auszuliefern – allerdings folgenlos. Auch Deutschland fordert er auf, hier lebende Gülen-Anhänger auszuliefern. Diesem Gesuch wird ebenfalls nicht stattgegeben.
- Gülen selbst weist die Anschuldigungen Erdogans zurück. Er verurteilt den Umsturzversuch und weist die Beschuldigung zurück, er sei der Drahtzieher dahinter. Er habe in den vergangenen Jahrzehnten selbst mehrere Militärputsche in seinem Heimatland miterleben müssen, daher sei die Behauptung, er sei in den Staatsstreich verwickelt, „besonders beleidigend“, erklärt der Prediger. Vielmehr hält er es für möglich, dass der Putschversuch inszeniert war und fordert die Bevölkerung der Türkei auf, eine militärische Intervention nicht positiv zu beurteilen. Durch militärische Aktionen, könne keine Demokratie erreicht werden.

d) Spannungen in der Beziehung zwischen EU und Türkei

- Erdogan wirft dem Westen Unterstützung von Putschisten vor: Am 8. Augst, kurz vor seinem Treffen mit Kreml-Chef Wladimir Putin, kritisiert Erdogan Deutschland und die westlichen Staaten im Allgemeinen. Er wirft den deutschen Behörden vor, "Terroristen zu ernähren", und erklärt der Westen habe der Türkei „nicht gezeigt, dass er gegen den Putsch ist. Ihr Schweigen ist

unentschuldigbar." Bei seiner Rede stellt er erneut die Wiedereinführung der Todesstrafe in Aussicht. "So eine Entscheidung vom Parlament würde ich ratifizieren", sagt er auf einer Kundgebung in Istanbul. Die EU kündigt für diesen Fall das Ende der Beitrittsverhandlungen an. Vorwürfe, er strebe in Folge des Putschversuches in seinem Land nach Alleinherrschaft, weist Erdogan zurück. Er erklärt, er sei „kein Despot oder Diktator."

- Ende Juli stellt die Türkei der EU ein Ultimatum. Bis spätestens Oktober solle die zugesagte Visumfreiheit für türkische Bürger gelten. Andernfalls werde das Flüchtlingsabkommen mit der EU aufgekündigt. Dieses Ultimatum verpufft aber wirkungslos. Junker erklärt, man werde der Türkei in dieser Frage nicht entgegenkommen.
- Am 7. August erklärt Gabriel, er wolle trotz der Kritik an Ankara an den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei festhalten. „In der Lage, in der wir jetzt sind, müssen wir jeden Gesprächskanal zur Türkei suchen. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als ob wir nicht mit diesem schwierigen Nachbarn klar kommen müssen".
- Ebenfalls am 7. August warnen deutsche EU-Politiker vor Kurzschlusshandlungen und vor einem Abbruch der Beitrittsgespräche. Außerdem wird über das Flüchtlingsabkommen mit der EU diskutiert. Sollte es scheitern, gibt es nach den Worten von EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos auch eine Alternative. Unionsfraktionschef Volker Kauder ruft in der Frage des Abkommens zu größerer Gelassenheit auf.

Stand: 08.08.2016

Der aktuelle Konflikt mit der Türkei

Hintergrundinformation: Geschichte der Republik Türkei

- I Verhaftungen und Suspendierungen in der Türkei
 - II Chronik des aktuellen türkisch-deutschen Konflikts
 - III Verletzung der Pressefreiheit: der „Cumhuriyet“-Prozess
 - IV Mögliche Maßnahmen im Umgang mit der Türkei
 - a) Türkisch-deutsche Handelsbeziehungen
 - b) Diskussion um Ausschluss der Türkei aus der NATO
 - c) Diskussion um Abbruch der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei
-

Hintergrundinformation: Geschichte der Republik Türkei

- 1918 Ende des ersten Weltkrieges. Das Osmanische Reich erfährt eine herbe Niederlage. Der Waffenstillstand von Mudros zwischen der Türkei und den Alliierten wird unterzeichnet.
- 1919 Die türkische Ägäisküste wird von griechischen Truppen besetzt. Der nationale Widerstand formiert sich.
- 1920 Im April tritt in Ankara die Große Nationalversammlung zusammen. Der erste Vorsitzende ist Mustafa Kemal (später in Atatürk, „Vater der Türken“ umbenannt). Ankara löst nach und nach Istanbul als Reichshauptstadt ab. Die Befreiungsbewegung unter Mustafa Kemal Pascha stand im Widerstreit zu den Plänen der Siegermächte, die im „Vertrag von Sèvres“ die Aufteilung Anatoliens unter sich beschlossen hatten.
- 1922 Sieg der türkischen Armee über die griechischen Invasionsgruppen unter der Führung Mustafa Kemals.
- Der „Vertrag von Lausanne“ wird unterzeichnet und bringt die internationale Anerkennung der Republik Türkei.
- Im gleichen Jahr wird die Republikanische Volkspartei (CHP) gegründet, die später von Atatürk als „republikanisch, nationalistisch, volksverbunden, etatistisch, laizistisch und revolutionär“ bezeichnet wird. [Die CHP ist heute die einzig noch funktionierende Oppositionspartei unter Kemal Kilicdaroglu. In der Vergangenheit wurde ihr ein orthodox-kemalistischer und starrer Charakter zugeschrieben. Viele Kritiker begründen das Erstarken der AKP durch ihr Versagen in der Vergangenheit.]
- Am 29. Oktober wird die Republik Türkei ausgerufen. Ihr Präsident wird Mustafa Kemal Atatürk.**
- 1924 Das Kalifat wird abgeschafft.
- 1925 - 1929 Kemalistische Kulturrevolution durch Verbot religiöser Orden, Hutgesetz, Kalenderreform, Abschaffung des islamischen Rechts und Übernahme europäischer Gesetze (1926); Abschaffung des Islam als Staatsreligion und des Religionsunterrichts, Einführung des lateinischen Alphabets

- 1938 Tod Atatürks. İsmet İnönü wird sein Nachfolger.
- 1949 Die Türkei wird Mitglied des Europarats.
- 1952 Beitritt der Türkei in die NATO.
- 1960 **Erster Putsch durch das Militär.**
 Der aus freien Wahlen hervorgegangene Ministerpräsident der Demokratischen Partei (DP) Adnan Menderes wurde hingerichtet. Das Militär, welches sich als Hüter der kemalistisch-laizistischen Grundwerte der türkischen Republik sah, lehnte die Reislamisierung durch Menderes ab. Die Neuformierung pro-islamischer und nationalistischer Parteien, die teils auch einen anti-westlichen Kurs fahren wollten, ließ sich aber in der Türkei bis heute nicht verhindern.
 [Die CHP ist in den Folgejahrzehnten immer wieder Koalitionen mit jenen Parteien eingegangen und hat sich damit unglaublich gemacht.]
- 1961 - Herausbildung eines pluralistischen Politik- und Parteienspektrums.
 1971 Die Diversität in der Parteienlandschaft polarisiert das Land. Die Gerechtigkeitspartei (AP, unter Demirel) und die CHP sind die stärksten Parteien. Das Militär reagiert aufgrund von politischen Unruhen mit einem **Memorandum (zweiter Militärputsch von 1971)** und bekämpft „liberale Auswüchse“.
- 1964 Das Assoziationsabkommen mit der EWG tritt in Kraft.
- 1978 Gründung der PKK
- 1980 **Dritter Militärputsch.** Alle Parteien werden aufgelöst. Im ganzen Land wird das Kriegsrecht verhängt. Eine neue von der Militärjunta beeinflusste Verfassung wird verabschiedet.
- 1983 Rückkehr zur zivilen Demokratie. Die Partei AnaP unter Turgut Özal, die in Opposition mit der Militärführung steht, gewinnt die absolute Mehrheit. Sie zeichnet sich durch eine gemäßigt islamische, aber vor allem durch eine wirtschaftsliberale Ideologie aus.
- 1985 Überfälle auf Militärstationen im Südosten der Türkei durch die PKK. Anschließend herrscht bis weit in die 90er Jahre „Bürgerkrieg auf niedrigem Niveau“.
- 1991 Die Partei DYP (Partei des rechten Weges) unter Demirel gewinnt die Parlamentswahlen. Es folgt eine chaotische Abfolge ineffektiver Koalitionsbildungen bis 2002. Islamistische Umtriebe auf Parteiebene werden durch Verbote durch das Verfassungsgericht weitestgehend unterdrückt.
- 1999 PKK-Chef Abdullah Öcalan wird in Nairobi gefasst.
 Die DSP (Demokratische Linkspartei) unter Bülent Ecevit wird bei Neuwahlen stärkste Partei.
 Die Türkei wird offiziell zur EU-Beitrittskandidatin erklärt.
- 2001 Die Türkei befindet sich in einer schweren Finanzkrise, die nur mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds unter der Führung des wirtschaftswissenschaftlich profilierten Weltbank-Vizepräsidenten Kemal Dervis überwunden wird und der Türkei schließlich zum wirtschaftlichen Aufschwung verhilft.
 In sozialdemokratischen Kreisen der Türkei ist man sich einig darüber, dass gerade die Regierung Ecevits und die wirtschaftlichen Reformen unter Kemal Dervis der Türkei eine florierende Wirtschaft ermöglicht haben und nicht – wie sonst behauptet – die AKP für den wirtschaftlichen Wohlstand verantwortlich ist. Die AKP und Erdogan „kassieren“ die Lorbeeren elaborierter Reformprozesse, die schon vor dem Wahlsieg der AKP stattgefunden hatten. Die AKP setzt allerdings das Wirtschaftsreformprogramm fort und profitiert schließlich auch von einer günstigen weltwirtschaftlichen Gesamtsituation.

2002	Noch unter Bülent Ecevit wird die Todesstrafe, die bereits seit 1984 nicht vollstreckt wurde, gänzlich abgeschafft. Die Strafe für Abdullah Öcalan wurde in eine lebenslange Haftstrafe überführt. Bei den Parlamentswahlen gewinnt die AKP mit 34,4 Prozent. Die CHP erhält 19,4 Prozent der Stimmen. Die DSP schafft es nicht mehr ins Parlament
2003	Erdogan wird Ministerpräsident.
2003-2005	AKP verabschiedet liberalisierende Reformpakete. Sie sollen den Weg für die EU-Beitrittsverhandlungen ebnen.
2007	Ultra-kemalistische Organisationen organisieren Massenproteste gegen die AKP-Regierung. Sie werfen der Regierung vor, eine schleichende Islamisierung der Türkei zu beabsichtigen.
2008	Die AKP wird in einem Verbotsverfahren vom Verfassungsgericht als „Zentrum anti-laizistischer Bestrebung“ gekennzeichnet. Das Verbot scheitert knapp, da eine Stimmenmehrheit der Verfassungsrichter fehlt.
2010	Ein Referendum über eine Verfassungsänderung beschneidet weiter die Rolle des Militärs und der Justiz. Das Militär wird entmachtet, die Grundlage für einen eventuellen weiteren Militärputsch wird entzogen. Die USA und die EU loben den Schritt. Die türkische Opposition (sowohl Kurden als auch Kemalisten) stehen der Verfassungsänderung von Anfang an kritisch gegenüber.

I Verhaftungen und Suspendierungen in der Türkei:

- Die Türkei gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit. Nach dem Putschversuch im Juli 2016 sind mehr als 100 Journalisten verhaftet worden, insgesamt sind es an die 160 Journalisten, die in Haft sind. Rund 150 Medien wurden geschlossen und mehr als 700 Presseausweise annulliert.
- In der Türkei sitzen nach Informationen der Tagesschau **44 deutsche Staatsbürger in Haft** (darunter der Journalist Deniz Yücel und der Menschenrechtler Peter Steudtner). Die meisten der Betroffenen wurden im Zeitraum 2006 bis 2016 festgenommen, 13 Personen kamen erst 2017 in Haft. Die doppelte Staatsangehörigkeit wurde manchen zum Verhängnis.
- Mehr als 140.000 Mitarbeiter im öffentlichen Dienst wurden seit dem Putschversuch suspendiert, 50.000 wurden in Untersuchungshaft gesperrt. Die Entlassungen und Verhaftungen per Dekret setzen sich fort. (Die Zeit, 14.07.2017)

II Chronik des aktuellen türkisch-deutschen Konflikts:

März 2016: **Das Flüchtlingsabkommen der Bundesregierung mit der Türkei** sorgt für Empörung in Teilen der Bevölkerung und der Opposition. Zusätzlich verschärft das **Gedicht des Satirikers Jan Böhmermann** die angespannte Lage. Die Bundesregierung hat sich erpressbar gemacht.

- Juli 2016: Es kommt zu einem **Putschversuch in der Türkei**. Die Erdogan-Regierung macht Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich und fordert von Deutschland Gülenisten in die Türkei auszuliefern. **Erdogan droht mit der Todesstrafe**. Die EU macht klar, dass unter der Wiedereinführung der Todesstrafe eine Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen nicht möglich sein wird.
- Feb. 2017: Türkei-Korrespondent der Welt **Deniz Yücel wird festgenommen**.
- April 2017: Die Türkei stimmt über ein **strittiges Verfassungsreferendum** ab. Der Wahlkampf zum Referendum läuft in jeglicher Hinsicht unfair ab. Die Inhalte sind demokratiefeindlich. Deutschland verbietet Erdogan und seiner Gefolgschaft öffentliche Reden zu Wahlkampfbzwecken hierzulande zu halten. Daraufhin wirft **Erdogan Deutschland Nazi-Praktiken vor**.
- Mesale Tolu, deutsche Journalistin, wird festgenommen.
- Mai 2017: **Ranghohe Militärs erhalten in Deutschland Asyl**. Die Türkei ist verärgert.
- Juni 2017: Die türkische Regierung weigert sich deutschen Abgeordneten den Besuch deutscher Soldaten auf dem **Luftwaffenstützpunkt in Incirlik** zu gewähren.
- Juli 2017: Die Türkei untersagt deutschen Abgeordneten auch den Besuch des Nato-Stützpunktes in Konya.
- Der Menschenrechtsaktivist Steudtner wird zusammen mit fünf weiteren Aktivisten festgenommen. Merkel fordert die Freilassung.
- Die Türkei wirft deutschen Firmen vor, die Gülen-Bewegung zu unterstützen und setzt 700 Firmen auf eine schwarze Liste. Schließlich spricht die Türkei von einem Missverständnis.
- Außenminister Gabriel verkündet Verschärfung der Reisesicherheitshinweise. Wirtschaftliche Kooperationen und Hilfen sollen überprüft werden.

III Verletzung der Pressefreiheit: der „Cumhuriyet“-Prozess, Beginn 24.07.2017

- Am 24.07.2017 (ironischerweise ist der 24.07. auch „Tag der Pressefreiheit“ in der Türkei) beginnt der Prozess gegen 19 Journalisten und Mitarbeiter der Türkei-ältesten überregionalen Tageszeitung „Cumhuriyet“ (übersetzt „Republik“, Gründungsjahr 1924)
- Elf der Angeklagten befinden sich im Gefängnis, sechs sind auf freiem Fuß und zwei haben sich ins Ausland abgesetzt.

Angeklagt sind unter anderem:

Can Dündar – ehemaliger Chefredakteur und in der Zwischenzeit im Exil in Berlin.

Ahmet Sik – er wurde bereits 2011 erstmals verhaftet, weil er in seinem Buch „Die Armee der Imame“, das noch vor seiner Veröffentlichung konfisziert wurde, auf die allmähliche Unterwanderung des Staates durch „Gülen“-Anhänger aufmerksam machte. Damals standen sich die Sekte und die Erdogan-Regierung noch nahe.

- Die Cumhuriyet gilt als intellektuell, sozialdemokratisch bzw. linksliberal. Ihr wurde *„für ihren unerschrockenen investigativen Journalismus und ihr bedingungsloses Bekenntnis zur Meinungsfreiheit trotz Unterdrückung, Zensur, Gefängnis und Morddrohung“* der Right Livelihood Award („Alternativer Nobelpreis“) verliehen.
- **Position im Kurdenkonflikt:**
In den letzten Jahren hat sie sich – trotz ihrer kemalistischen Grundüberzeugung – mehr den kurdischen Belangen zugewandt, v.a. dann als die zuletzt geführten Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und den kurdisch-demokratischen Kräften durch politische Interessenskonflikte (Syrien etc.) und politische Alleingänge der Regierung zunehmend gefährdet wurden und schließlich wieder völlig zerbrochen. Die Regierung wirft der Zeitung deshalb einen ideologischen Richtungswechsel vor. Die Zeitung beansprucht jedoch für sich, in der „Kurdenfrage“ neutral zu sein, ist jedoch gleichzeitig davon überzeugt, dass sich der Konflikt nicht durch militärische Mittel lösen lässt.
- **Position zur Gülen-Bewegung**
Die Cumhuriyet hat darüber hinaus regelmäßig und kritisch über die einstige Kooperation zwischen der Regierung unter Erdogan und der Gülen-Bewegung berichtet. Als kemalistisches – und damit laizistisches – Blatt stand sie beiden religiösen Netzwerken stets kritisch gegenüber. Ihr vorzuwerfen, sie stünde der Gülen-Bewegung nahe oder hätte dieser Organisation beim Putschversuch durch Propaganda Beistand geleistet, ist absurd.
- Handfeste Beweise kann die Staatsanwaltschaft bis heute nicht liefern. Der eigentliche Grund für die Verhaftung ist vermutlich die Berichterstattung der „Cumhuriyet“ vom 29. Mai 2015. Die Zeitung berichtete von **Waffenlieferungen des türkischen Staates an**

Islamisten in Syrien. Federführend berichtete hierzu Can Dündar, der sich nach Deutschland absetzen konnte. Die Kollegen, so scheint es, stehen nun stellvertretend vor Gericht.

IV Mögliche Maßnahmen im Umgang mit der Türkei

a) Türkisch-deutsche Handelsbeziehungen

- Nach der Finanzkrise wuchs die türkische Wirtschaft im Gegensatz zu den europäischen Ländern um beachtliche neun Prozent. Seither ist das Wachstum allerdings gesunken und für 2017 prognostiziert die Weltbank der Türkei nun noch ein Wachstum von 2,7 Prozent.
 - Investoren sind wegen Terroranschlägen und der autoritären Politik zunehmend verunsichert.
 - Seit dem letzten Jahr brachen die Direktinvestitionen um 31 Prozent ein, die Landeswährung stürzt weiter ab.
 - Unter den deutschen Exportpartnern steht die Türkei auf Platz 15, 2016 exportierte Deutschland Waren im Wert von 22 Milliarden Euro in die Türkei [Zum Vergleich: In die USA exportierte Deutschland Waren im Wert von 107 Milliarden Euro, nach Frankreich im Wert von 101 Milliarden Euro.]
 - Bei den Importen belegt die Türkei Platz 16 der Handelspartner.
 - Die Türkei ist zwar nicht der wichtigste Handelspartner für Deutschland, jedoch ein Hoffungsland.
 - Wichtigste Branchen sind: Autoindustrie, Maschinenbau, Chemie-Industrie und Elektroindustrie.
 - 2016 haben sich die Anfragen bei der Deutschen Außenhandelskammer in der Türkei halbiert.
- ➔ Sigmar Gabriel drohte damit, Hermes-Bürgschaften für Investitionen in der Türkei nicht länger zu gewähren und die Ausweitung der Zollunion abzulehnen.
- ➔ **Die Türkei würde durch wirtschaftliche Maßnahmen stärker betroffen sein als Deutschland: Die Bundesrepublik ist der größte Abnehmer türkischer Produkte. Deutschland importiert vor allem Textilien und Nahrungsmittel. Die Türkei ist abhängig vom deutschen Tourismus. Die Einnahmen durch den deutschen Tourismus sanken bereits um 30 Prozent.**

- ➔ Aus diesem Grund sah sich die Türkei am 24.07.2017 gezwungen, die schwarze Liste für 700 deutsche Unternehmen zurückzuziehen.

Trotzdem: Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei steht weiterhin. Die Türkei nimmt die meisten Flüchtlinge auf. Die EU hat der Türkei drei Milliarden Euro Unterstützungsgelder zugesagt. „Von den drei Milliarden, die die EU für 2016 und 2017 versprochen hat, sind 826 Millionen ausbezahlt“ (SZ, 27.07.2017). Beide Seiten haben ein Interesse daran, die Situation nicht eskalieren zu lassen.

b) Diskussion um den Ausschluss der Türkei aus der NATO:

Forderungen zum Ausschluss der Türkei aus der NATO wurden in den letzten Tagen lauter.

- Hierzu Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München: *„Die Türkei, egal in welche Richtung sie sich entwickeln wird, kann nicht aus der Nato ausgeschlossen werden, da der Nordatlantische Vertrag von 1949 einen Ausschluss eines Mitgliedes nicht vorsieht. Um die Türkei aus der Nato auszuschließen, bedürfte es einer Änderung dieses Vertrages, die von allen Mitgliedsstaaten mitgetragen werden und auch von allen Parlamenten der mittlerweile 29 Allianzpartner ratifiziert werden müsste. Dass dies geschieht, ist absolut illusorisch.“* (Handelsblatt, 26.07.2017)
- Darüber hinaus ist die Türkei geopolitisch zu wichtig, um ohne oder gar gegen sie gegen die Bedrohungen im Nahen Osten zu kämpfen.
- Besuchsrechte von deutschen Bundestagsabgeordneten auf dem türkischen Militärstützpunkt in Konya: Die Besuche werden in Zukunft im „Nato-Rahmen“ organisiert. → Die Linkspartei und die Grünen sprechen von einem faulen Kompromiss. Sie fordern die rund 260 auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Konya stationierten Bundeswehrsoldaten abzuziehen und alle Waffenlieferungen an den Nato-Partner zu stoppen.

c) Diskussion um Abbruch der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei:

- Erst 15 von 35 Kapitel wurden eröffnet. Seit Dezember liegen die weiteren Gespräche ohnehin auf Eis. Die Türkei bleibt trotzdem Beitrittskandidat.
- Daher fließen auch bereits Vorbeitrittshilfen an die Türkei: „Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 sind dafür im EU-Haushalt 4,45 Milliarden Euro vorgesehen. Bisher ist die EU



laut Kommission Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 1,65 Milliarden eingegangen, konkret ausbezahlt hat sie 190 Millionen.“ (SZ, 26.07.2017)

- Von 2007 bis 2013 sind hat die Türkei bereits 4,8 Milliarden Euro erhalten.
 - Die Türkei schlägt vor, die Beitrittskapitel 23 und 24 zu Justiz, Grundrechten und Freiheit zu eröffnen. Die EU lehnt dies ab, weil andere Kriterien noch nicht erfüllt sind.
 - Weitere Verhandlungen, die kritisch sind, aber noch geführt werden müssen, sind: Ausweitung der Zollunion und die Visa-Freiheit für Türken.
- ➔ Viele Politiker sind sich darüber einig, die Tür zur Türkei nicht endgültig zuzuschlagen, nur die Einführung der Todesstrafe wäre für die meisten ein Argument zum völligen Abbruch der Beitrittsverhandlungen.

Stand: 01.08.2017